



## Antisemitismus an Hochschulen entgegenreten – studentischer Verantwortung gerecht werden

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 häufen sich in Deutschland und anderen westlichen Ländern antisemitisch motivierte Vorfälle. In Deutschland gab es seit dem 7. Oktober durchschnittlich rund 20 dokumentierte antisemitische Taten pro Tag. In den Jahren 2020 bis 2022 waren es durchschnittlich „nur“ sechs antisemitische Vorfälle pro Tag.<sup>1</sup>

Diese Entwicklung macht insbesondere nicht vor der deutschen Hochschullandschaft halt. Nach amerikanischem Vorbild kommt es inzwischen auch hierzulande zu Protestcamps und Hörsaalbesetzungen, die von antisemitischen und antizionistischen Parolen geprägt sind. Diese schreckliche Entwicklung sollte allen Studenten Warnung und Aufruf zugleich sein. Es ist unsere Verantwortung die Stimme zu erheben und Position zu beziehen, damit „Nie wieder ist jetzt“ nicht nur eine Floskel bleibt.

Mit diesem Papier wollen wir dazu beitragen, gegen Antisemitismus und Gewalt an unseren Hochschulen Stellung zu beziehen. Bereits 2019 haben wir als AGV eine Stellungnahme zum Thema Antisemitismus abgegeben, die wir anschließend mit der JSUD und dem ZdJ diskutiert haben. Leider ist dieses Thema fünf Jahre später aktueller denn je. Wir fühlen uns daher verpflichtet, unsere damalige Position zu bekräftigen und erneut eine klare Haltung zum Thema Antisemitismus an den Hochschulen einzunehmen.<sup>2</sup>

### **Das Phänomen Antisemitismus in Deutschland**

Der Antisemitismus ist mehr als nur eine Form von Fremdenfeindlichkeit oder ein religiöses und soziales Vorurteil gegenüber Juden. Er repräsentiert ein eigenständiges Phänomen: eine antimoderne Ideologie, die die Existenz der Juden als Ursache für soziale, politische, religiöse und kulturelle Probleme betrachtet.<sup>3</sup> Er zeigt sich in Deutschland vor allem als rechtsextremer, linksextremer und islamischer Antisemitismus.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitismus-hat-zugenommen-mehr-straftaten-seit-dem-7-oktober-19473532.html> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>2</sup> <https://www.agvnet.de/agv-will-mit-juedischer-studierendenunion-deutschland-zusammenarbeiten/> (zuletzt abgerufen am 23.03.2024).

<sup>3</sup> <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37945/was-heisst-antisemitismus/> (abgerufen am 27.03.2024).

<sup>4</sup> Eine detaillierte Darstellung der drei Formen des Antisemitismus findet sich in unserem Positionspapier „Entschiedenenes Vorgehen gegen zunehmenden Antisemitismus“; [https://www.agvnet.de/wp-content/uploads/AGV\\_Antisemitismuspapier\\_final.pdf2 .pdf](https://www.agvnet.de/wp-content/uploads/AGV_Antisemitismuspapier_final.pdf2.pdf) (abgerufen am 15.05.2024).



Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Vorurteile und unterstellt negative Charakterzüge.

## **1. Politischer Antisemitismus**

Antisemitische Straftaten werden bisher laut Bundesinnenministerium hauptsächlich von Personen aus dem rechtsextremen Spektrum begangen. Im Jahr 2022 wurden 2.641 antisemitische Straftaten gemeldet, wovon mehr als 80 Prozent dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet wurden. Es gibt jedoch von vielen Experten bereits seit Jahren Kritik an der Methode der Kategorisierung dieser Straftaten, die linksextremen und islamischen Antisemitismus strukturell zu wenig thematisiert.<sup>5</sup> Bundesinnenministerin Nancy Faeser plant, die Daten zukünftig differenzierter zu erfassen.<sup>6</sup>

Radikale von rechts und links weisen trotz ihrer Unterschiede laut der modernen Extremismusforschung ähnliche Merkmale auf. Darunter der Anspruch auf Alleinvertretung, die Ablehnung pluralistischer Demokratien, Dogmatismus, das Freund-Feind-Denken, Fanatismus und eben Antisemitismus. Dieser tritt auf, wenn Juden von beiden Seiten als Inbegriff raffgieriger Kapitalisten dargestellt werden, geheime Mächte als unsichtbare Strippenzieher vermutet werden und Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Antizionismus wird als eine Form des Antisemitismus betrachtet, die seit dem Holocaust als neue Spielart des Antisemitismus bei radikalen Linken, Rechtsextremen und Islamisten anzutreffen ist. Eine klare Parallele zu nationalsozialistischem Antisemitismus ist die „aggressive Erinnerungsabwehr“, die sich unter anderem in der Gleichsetzung israelischer Militäraktionen mit NS-Taten äußert und die Palästinenser als „Opfer der Opfer“ bezeichnet. Zudem gehört die Projektion der israelischen Politik auf alle Juden weltweit zu den Anzeichen für linken Antisemitismus.<sup>7</sup>

Linker Antisemitismus mag für viele neu sein, er hat jedoch eine lange Tradition im linken Spektrum.<sup>8</sup> Der Soziologe Thomas Haury führt den linken Antisemitismus auf das „antiimperialistische Weltbild“ zurück, das der radikalen Linken zugrunde liegt. Dieses Weltbild sieht die moderne Gesellschaft von einem Machtblock aus Kapital und Staat kontrolliert, der international agiert und die unterdrückte Bevölkerung beherrscht. Nach diesem binären Schema kämpfen die unterdrückten Völker für ihre Selbstbestimmung gegen die „böse fremde Herrschaft“ und die „imperialistische Ausbeutung“. Wenn man dieses antiimperialistische Schema auf den Konflikt zwischen

---

<sup>5</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/antisemitismus-147.html> (abgerufen am 08.05.2024).

<sup>6</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/antisemitismus-deutschland-116.html> (abgerufen am 26.03.2024).

<sup>7</sup> <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links/> (abgerufen am 27.03.2024).

<sup>8</sup> <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links/> (abgerufen am 27.03.2024).



Israel und den Palästinensern anwendet, entsteht der Antizionismus. Israel wird als „Brückenkopf“ der USA in der arabischen Welt dargestellt, und den USA wird eine einseitige Unterstützung der Interessen Israels vorgeworfen, die sich gegen die „Befreiungsbewegungen“ richtet.<sup>9</sup>

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt, dass Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer leicht erhöhte Zustimmungsraten zu antisemitischen Einstellungen im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund aufweisen. Insbesondere Muslime mit Migrationshintergrund vertreten laut der Studie häufiger antisemitische Ansichten als andere Befragte mit Migrationshintergrund.<sup>10</sup>

## 2. Religiöser Antisemitismus

Im islamisch-geprägten Antisemitismus<sup>11</sup> vermischen sich die negativsten Judenbilder aus dem Christentum und dem Islam. Dabei werden islamische Überlieferungen von jüdischer Schwäche und Feigheit mit der paranoiden Vorstellung vom Juden als heimlichem Herrscher der Welt verbunden, was das 7. mit dem 20. Jahrhundert verknüpft.<sup>12</sup>

Der Antisemitismus im Islamismus vereint klassische und moderne Formen. Historisch betrachtet bezieht er sich auf Ereignisse aus der Frühgeschichte des Islam, insbesondere den Konflikt zwischen dem Propheten Mohammed und drei jüdischen Stämmen, die sich seiner Glaubensinterpretation widersetzen. Diese Ereignisse führten zu kriegerischen Auseinandersetzungen, in denen Mohammed siegreich war und einige Mitglieder des dritten Stammes hingerichtet oder versklavt wurden. Passagen im Koran, die Juden als betrügerisch und unbelehrbar darstellen, lassen sich auf diese Konflikte zurückführen. Da der Koran oft wortwörtlich ausgelegt wird, ist die Feindschaft gegenüber Juden seit dieser Zeit ein integraler Bestandteil des religiösen Selbstverständnisses im Islam.<sup>13</sup>

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel richten, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird. Äußerungen über den Nahostkonflikt, die vorgeben, legitime Kritik an der Politik Israels zu äußern, können antisemitische Elemente enthalten. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird oder wenn das Vorgehen der israelischen Politik sprachlich mit den Verbrechen des NS-Regimes gleichgesetzt

---

<sup>9</sup> <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links/> (abgerufen am 27.03.2024).

<sup>10</sup> <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Antisemitische+Einstellungen+in+Deutschland.pdf/cead70cb-a767-65f8-82a1-5f3537c409d1> (abgerufen am 26.03.2024).

<sup>11</sup> <https://www.agvnet.de/agv-will-mit-juedischer-studierendenunion-deutschland-zusammenarbeiten/> (zuletzt abgerufen am 15.05.2024).

<sup>12</sup> <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus/> (abgerufen am 27.03.2024).

<sup>13</sup> <https://www.kas.de/de/web/extremismus/islamismus/antisemitismus-im-islamismus> (abgerufen am 27.03.2024).



wird, indem behauptet wird, dass eine „Vernichtungspolitik“ oder Genozid gegenüber den Palästinensern betrieben werde.

Israelbezogener Antisemitismus unterscheidet sich von berechtigter Kritik an der Regierungspolitik Israels anhand von drei Hauptkriterien:

1. Äußerungen werden als antisemitisch eingestuft, wenn sie Israel dämonisieren und es als das ultimative Böse darstellen, oft durch Vergleiche mit dem Nationalsozialismus. Dies ist eine eindeutige Form der Dämonisierung.
2. Antisemitismus liegt vor, wenn das Existenzrecht Israels bestritten oder seine Legitimität als Staat in Frage gestellt wird, wie etwa durch die Bezeichnung Israels als „Apartheidstaat“. Dadurch wird Israel als rechtmäßiger Staat delegitimiert.
3. Die Anwendung unterschiedlicher Maßstäbe auf Israel im Vergleich zu anderen demokratischen Staaten ist ein deutliches Zeichen von Antisemitismus. Zum Beispiel, wenn Israels Recht auf Selbstverteidigung in Frage gestellt wird, während ähnliche Handlungen anderer Staaten nicht kritisiert werden. Hier liegt ein doppelter Standard an.<sup>14</sup>

### **Ausprägung des Antisemitismus an Hochschulen und unter Akademikern**

Statistiken zeigen, dass deutsche Hochschulen in Bezug auf antisemitische Vorfälle im öffentlichen Raum den vierten Platz einnehmen, direkt hinter Vorfällen auf den Straßen, im Netz oder in öffentlichen Gebäuden.<sup>15</sup>

Während nicht alle pro-palästinensischen Demonstrationen zwangsläufig antisemitisch waren, wurden doch auf Demonstrationen wiederholt antisemitische Parolen skandiert.<sup>16</sup> Bedenklich ist dabei auch die Zusammensetzung von Aktivistengruppen: An vielen Orten haben sich linke Organisationen mit islamistischen Gruppen zusammengeschlossen. Besonders häufig waren neben Universitäten in Nordrhein-Westfalen und Frankfurt auch sowohl in Berlin die Freie Universität als auch die Universität der Künste in den Schlagzeilen. Wir sind besorgt darüber, welches Zeichen damit von unserer Hauptstadt aus an alle Hochschulen des Landes ausgeht.

Dies hat direkte Auswirkungen auf das alltägliche Leben von Jüdinnen und Juden, insbesondere an den Hochschulen, die sich nicht mehr sicher und von der Universitätsleitung unterstützt fühlen. Sie bewegen sich teilweise nur noch in Gruppen auf dem Campus und vermeiden es, als Juden erkannt zu werden, um Konflikte oder Angriffe zu vermeiden. Diejenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, brauchen dringend starke gesellschaftliche Signale, Unterstützung und Zivilcourage.

---

<sup>14</sup> <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/was-ist-antisemitismus/3d-regel/3d-regel-node.html> (abgerufen am 27.03.2024).

<sup>15</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-hochschulen-100.html> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>16</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=3CtmDADHenM> (abgerufen am 08.05.2024).



Es ist nicht hinnehmbar, dass Juden sich im universitären Umfeld verstecken müssen, um Angriffen zu entgehen. Wenn Menschen in unserem Land ihre Freiheit einschränken müssen, steht dies im Widerspruch zu den Grundprinzipien unseres Staates.

### **Antisemitismus und mangelnde Solidarität an Hochschulen in Deutschland**

Die Hochschullandschaft in Deutschland zeigte nach dem Angriff der Hamas und den Gräueltaten an Juden ein gespaltenes Bild. Zwischen klarer Solidarität mit Juden und Israel sowie fehlender Positionierung erlebten jüdische Studenten Vieles:

Die Hochschule Düsseldorf löschte beispielsweise einen eigenen pro-israelischen Beitrag, nachdem dieser von Kommentaren und Rückmeldungen israelfeindlicher Personen dominiert wurde. Ebenso hisste die Heinrich-Heine-Universität im Jahr 2022 die ukrainische Flagge. Nach dem brutalen Angriff der Hamas auf jüdische Israelis wollte man sich jedoch politisch nicht zu stark positionieren.<sup>17</sup> Diese Beispiele aus derselben Stadt verdeutlichen, wie die Hochschulen mit ihrem teilweise zweideutigen Handeln jüdische Studenten verunsichern und kein Gefühl der Solidarität und Sicherheit vermitteln.

Während die Hochschulleitungen oft fehlende Solidarität zeigen, sind es insbesondere die jüdischen Studenten, die darunter leiden. In Berlin kam dies mehrmals auf besonders drastische Weise zum Ausdruck: An der Freien Universität (FU) wurde ein Hörsaal von der Gruppe „Students for a Free Palestine“ besetzt, die Anschuldigungen eines Genozids und einer existierenden Apartheid gegen Israel wie selbstverständlich verbreitete. Jüdischen Studenten wurde der Zugang verweigert. Eine Woche später wurde ein jüdischer Student aufgrund seiner religiösen Zugehörigkeit von einem Kommilitonen in der Berliner Innenstadt angegriffen und erlitt Gesichtsfrakturen, die eine Krankenhauseinweisung erforderlich machten.

An der Universität der Künste (UdK) kam es zu einer weiteren Aktion, bei der Studenten ihre rot bemalten Hände erhoben, um an Blut zu erinnern, das an deutschen Politikern klebe, die den israelischen Krieg mit Waffenlieferungen unterstützen. Diese geschmacklose Handlung erinnerte unverkennbar an die Zweite Intifada und den Lynchmord in Ramallah, bei dem zwei Juden ermordet wurden und der Mord von einer Menge gefeiert wurde. Der Präsident der UdK wurde von den Demonstranten niedergebrüllt.

In jüngster Zeit haben sich an verschiedenen Universitätsstandorten in Deutschland, darunter Berlin, Köln, Leipzig und Bonn, Protestcamps und Hörsaalbesetzungen etabliert, die von pro-palästinensischen Demonstranten organisiert werden. Diese Camps wurden zunehmend zu Schauplätzen offener Manifestationen von Israel- und Judenfeindlichkeit. Ein markantes Beispiel

---

<sup>17</sup> <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus248497240/Nach-Angriff-auf-Israel-Was-juedische-Studenten-an-deutschen-Unis-erleben.html>



hierfür war ein Camp an der FU Berlin, bei dem Demonstranten lautstark die Parole „From Berlin to Gaza – Yalla Students Intifada“<sup>18</sup> skandierten.<sup>19</sup> Dieser Protest, der von Hass durchsetzt war, hat nicht nur für erhebliche Unruhen gesorgt, sondern auch dazu geführt, dass der reguläre Universitätsbetrieb vorübergehend eingestellt werden musste.<sup>20</sup>

Angesichts dieser Entwicklungen fordert die AGV eine klare und entschiedene Reaktion der Hochschulverwaltungen. Wir treten dafür ein, dass Studierende, die sich an solch offenen jüdenfeindlichen Ausschreitungen beteiligen, von den deutschen Universitäten exmatrikuliert werden.

Diese Beispiele seit dem Hamas-Angriff auf Israel zeigen, dass die Hochschulen kein bedingungslos sicherer Ort für jüdische Studenten sind. Einerseits fehlt es an klaren Solidaritätsbekundungen der Hochschulleitungen, andererseits halten jüdenfeindliche Handlungen bis hin zu körperlichen Angriffen auf Juden an.

### **Ein Blick in die USA**

In den Vereinigten Staaten erscheint die Situation für jüdische Studenten noch bedrohlicher. Die Universitätsverwaltungen schwiegen lange Zeit. Als Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) e.V. haben wir uns im Rahmen unseres letzten Dialogseminars in Washington, D.C. mit dem Thema Antisemitismus an Hochschulen beschäftigt und konnten darüber unter anderem mit Dr. Peter K. Kilpatrick, dem Präsidenten der Catholic University of America und mit Prof. Kim Daniels von der Georgetown University sprechen.

Drei Tage nach dem Hamas-Angriff schlossen sich 34 Studentengruppen an der Harvard University einer Erklärung an, in der die gesamte Gewalt dem angeblichen israelischen Apartheidsregime angelastet wurde.<sup>21</sup> Auf dem Campus wurde offen zur „Intifada“ aufgerufen, das den gewaltsamen Widerstand gegenüber Israel und die Tötung jüdischen Lebens umfasst.<sup>22</sup> Es gab auch Berichte über körperliche Angriffe gegen Juden. Bei einem Literaturfestival an der University of

---

<sup>18</sup> Intifada: Als Intifada bezeichnen die Palästinenser den Aufstand gegen die israelische Besatzung in den Palästinensergebieten, also in Gaza, im Westjordanland und Ost-Jerusalem. Das arabische Wort bedeutet eigentlich „etwas abschütteln“. Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt ist damit sowohl das lokale Aufbegehren einzelner Gruppen als auch die politisch organisierte Rebellion von Palästinensern gegen das israelische Militär gemeint. (<https://www.dw.com/de/intifada-30-jahre-aufstand-gegen-israel/a-41711451>, zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>19</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=SrrOmmz9b0Y>

<sup>20</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/protestcamp-uni-koeln-berlin-israel-kritik-antisemitismus-100.html> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024)

<sup>21</sup> <https://www.thecrimson.com/article/2023/10/10/psc-statement-backlash/>

<sup>22</sup> <https://www.latimes.com/opinion/letters-to-the-editor/story/2023-12-15/letters-to-the-editor-israelis-and-jews-fear-calls-for-intifada-for-very-good-reason#:~:text=To%20the%20editor%3A%20Although%20the,has%20long%20included%20killing%20Jews.> (zuletzt abgerufen am 05.08.2024).



Pennsylvania (UPenn) verbreiteten Redner antisemitische Parolen und befürworteten die ethnische Säuberung von Juden in Israel.<sup>23</sup> Eine Dozentin der Yale-University relativierte den Angriff der Hamas öffentlich und äußerte, dass die ermordeten Siedler „keine Zivilisten“ seien.<sup>24</sup>

Einen weiteren traurigen Tiefpunkt erreichte das Thema Antisemitismus an Hochschulen, als die Präsidentinnen der Elite-Universitäten Harvard, UPenn und Massachusetts Institute of Technology (MIT) im Ausschuss des US-Kongresses Fragen beantworteten. Auf die Frage, ob der Aufruf zum Genozid an Juden gegen die Regeln auf dem Campus verstoße, wurde betont, dass man den Zusammenhang sehen und prüfen müsse, ob die Aussagen in die Tat umgesetzt wurden.<sup>25</sup> Diese Beispiele zeigen, dass in den USA die Berufung auf Meinungsfreiheit teilweise höher bewertet wird als die Sicherheit jüdischer Studenten, wenn die Präsidentinnen von Elite-Universitäten den Aufruf zum Genozid an Juden nicht direkt und unmissverständlich verurteilen können. Wir sehen hier Handlungsbedarf der Politik, dafür zu sorgen, dass sich jüdische Studenten wieder sicher auf dem Campus fühlen können.

Proteste haben sich an mindestens 30 Universitäten in den USA entfaltet, nachdem sie an der renommierten Columbia University in New York begonnen hatten. Seit dem vergangenen Monat sind an verschiedenen Hochschulen im Land Proteste ausgebrochen. Die Demonstranten kritisieren sowohl die hohe Zahl der Opfer im Gazastreifen als auch die Verbindungen von Universitäten zu Unternehmen mit Beziehungen zu Israel. Es kam wiederholt zu antisemitischen Vorfällen.<sup>26</sup>

Am ersten Mai wurde auch an der University of California in Los Angeles (UCLA) ein Protestcamp geräumt. Die Demonstranten des pro-palästinensischen Lagers hatten Barrikaden aus Sperrholz errichtet, die dann von Gegendemonstranten niedergelegt wurden. Auf Fernsehaufnahmen war zu sehen, wie Angehörige beider Seiten mit Stöcken aufeinander losgingen, während andere Feuerwerkskörper zündeten oder sich gegenseitig mit Gegenständen bewarfen. Zuvor hatte die Universitätsleitung das Camp als rechtswidrig erklärt und die Demonstranten zum Verlassen des Geländes aufgefordert.<sup>27</sup>

Auch an der Elite-Universität Columbia in New York kam es zu einem Polizeieinsatz gegen protestierende Studierende. Am Abend des ersten Mais strömte ein Großaufgebot der Polizei auf den Campus und drang auch in das von Demonstranten besetzte Universitätsgebäude ein. Es kam zu

---

<sup>23</sup> <https://edition.cnn.com/2023/10/25/business/palestine-writes-literature-festival-what-happened/index.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2024).

<sup>24</sup> <https://www.nbcconnecticut.com/news/local/yale-students-call-for-professors-resignation-after-israel-hamas-war-social-media-posts/3123857/> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>25</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=5VtAZBvmzcQ> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>26</sup> <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/pro-palaestinensische-proteste-weiten-sich-international-aus,UBiHPzg> (abgerufen am 10.05.2024).

<sup>27</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/us-unis-proteste-100.html> (zuletzt abgerufen am 05.05.2024).



mehreren Festnahmen, etwa 100 nach Angaben des US-Senders NBC. Die Einsatzkräfte durchsuchten Dutzende Zelte in dem sogenannten Solidaritätscamp auf dem Gelände. Universitätspräsidentin Minouche Shafik beklagte, dass viele jüdische Studenten die Atmosphäre an der Columbia University in den vergangenen Wochen als „unerträglich“ empfunden hätten und deshalb die Universität verlassen hätten. Dies war bereits der zweite Großeinsatz der Polizei auf dem Campus in New York, nachdem vor knapp zwei Wochen schon einmal die New Yorker Polizei gegen Demonstranten vorgegangen war.<sup>28</sup>

In den letzten Wochen haben sich an verschiedenen Hochschulstandorten in den USA zahlreiche Aktivisten und Studenten versammelt, um gegen Israels Vorgehen im Gazastreifen zu protestieren und Solidarität mit den Palästinensern zu zeigen. Häufig geht es dabei um die Forderung an Hochschulen und Unternehmen, finanzielle Beziehungen zu Israel abubrechen.<sup>29</sup>

In den letzten Tagen sah sich die Polizei an verschiedenen US-Universitäten gezwungen einzugreifen, um Protestcamps zu räumen. Medienberichten zufolge kam es zu etwa 2.000 Festnahmen. An der University of California in Los Angeles (UCLA) wurden zahlreiche Demonstranten nach gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten am Donnerstag in Handschellen abgeführt.<sup>30</sup>

Deshalb fordern wir von den einzelnen Hochschulleitungen und der Hochschulrektorenkonferenz:

- Konsequente **Anwendung des Hausrechts gegen antisemitische Protestveranstaltungen**,
- Gezielte **Exmatrikulation** bei Bekanntwerden antisemitischer Straftaten und **Einrichtung** entsprechender **Stabsstellen**,
- Gewährleistung des **Schutzraums Hochschule**, welche ein Ort sein müssen, an dem sich jüdische Studenten sicher fühlen können und keine Angst vor Übergriffen haben müssen,
- Hochschulen müssen Orte sein, an denen ein **offener Diskurs** möglich ist, ohne dass gleichzeitig unter dem Deckmantel des Diskurses Antisemitismus geduldet wird,
- **Konsequente Bekämpfung** aller Formen von **Antisemitismus** in unserer **Gesellschaft**,
- **Einrichtung** einer bundesweit einheitlichen **Datenbank zur Dokumentation antisemitischer Vorfälle** mit detaillierter Aufschlüsselung der Motive,
- **Defizite** bei der **Integration** von Muslimen erkennen und **beheben**,
- Intensivierung der **Auseinandersetzung mit jüdischer Kultur im Bildungswesen**, einschließlich verpflichtender Besuche jüdischer Gedenkstätten an weiterführenden Schulen mit entsprechender Vor- und Nachbereitung.

---

<sup>28</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/us-unis-proteste-100.html> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>29</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/us-unis-proteste-100.html> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).

<sup>30</sup> <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/pro-palaestinensische-proteste-weiten-sich-international-aus,UBiHPzg> (zuletzt abgerufen am 08.05.2024).





Es ist beunruhigend, wie schnell sich aktuelle Ereignisse aus den USA auf die Situation in Deutschland auswirken. Früher hieß es oft, dass Trends etwa fünf Jahre später bei uns ankommen - heute geht es offensichtlich viel schneller. Umso wachsender müssen wir sein und unsere Verantwortung jetzt entschlossen wahrnehmen.

Als angehende Akademiker und Menschen, die sich der deutschen Geschichte bewusst sind, haben wir eine besondere Verantwortung, jeder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. Als katholische Studenten sind wir in besonderer Weise aufgerufen, für Toleranz und Respekt einzutreten und unseren älteren Schwestern und Brüdern im Glauben zur Seite zu stehen. Es liegt in unserer Verantwortung, uns in unseren Verbindungen, Freundeskreisen, Kommilitonengruppen und in unserem Umfeld aktiv für die Werte der Menschlichkeit und gegen jede Form von Antisemitismus einzusetzen. Unsere Stimmen und unsere Taten können etwas bewirken.